

Koalitionsfragen viel stärker als bisher fähig werden müssen, richtige internationale Ziele auch mit richtigen, dann unweigerlich sehr konkreten und nicht widerspruchsfreien Schritten verwirklichen zu können, ohne dass nahezu jede Entscheidung als Zerreißprobe eskaliert oder zu Verratsvorwürfen führt. Ideologie kann möglicherweise widerspruchsfrei und abstrakt sein. Politik ist es niemals, Außen-

und Europapolitik schon gar nicht. Das nicht zu akzeptieren und nicht dazu fähig zu sein, Ziele nicht aus den Augen zu verlieren, aber jeden kleinen und schwierigen praktischen Schritt tatsächlich zu gehen, würde letzten Endes bedeuten, auf wirkliche Außenpolitik beziehungsweise der Beteiligung an ihr zu verzichten. Deutlich gesagt: Diese Entscheidung wird niemand der Linkspartei abnehmen können.



André Brie

MdL in Mecklenburg-Vorpommern, war von 1999 bis 2009 in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken Mitglied des Europäischen Parlaments.

andre.brie@gmx.de

Marc Saxer

Im Taumel des Wandels

Die Welt im Transformationskonflikt

Tahrir, Taksim, Maidan. Rund um den Globus demonstrierten Hunderttausende. Von Tunesien bis Thailand wurden die Regierungen gestürzt. Die Bilder ähneln sich. Was verbindet aber die Proteste in der Türkei mit denen in Thailand? Was unterscheidet sie von den Demonstrationen in Spanien, Griechenland oder Brasilien? Was haben so unterschiedliche Regierungschefs wie der boliviarische Sozialist Chavez, der neoliberale Thaksin, der islamistische Erdogan und der Oligarchenfreund Janukowitsch gemeinsam?

Joshua Kurlantzick vom Washingtoner Council on Foreign Relations glaubt einen roten Faden gefunden zu haben, der die Massenproteste verbindet: die Wut der Mittelschichten über die Korruption und den Machtmissbrauch »gewählter Autokraten«. Ausgehend von der Kampagne gegen den philippinischen Präsidenten Estrada im Jahr 2000 untersucht er die Massenproteste in Venezuela (2001-2003), in

der Ukraine (2004 und 2013), in Kirgistan (2005) und Thailand (2006, 2008, 2013), im Libanon (2010) in Russland (2011-2013), in Tunesien (2010/11) und Israel (2011), in Ägypten (2011 und 2012/13), der Türkei (2013) und Brasilien (2013 und 2014). Die Anlässe und der Ausgang der Proteste mögen sich unterscheiden, doch der Ablauf folgt oft (aber nicht immer) einem ähnlichen Drehbuch. Mit Ausnahme des Arabischen Frühlings richten sich die Massenproteste gegen gewählte Regierungen. Trotz aller Mängel sind diese Länder Demokratien, in denen die Mehrheitsbevölkerung von ihrem Recht, ihre Regierungen durch Wahlen zu bestimmen, Gebrauch macht. Inmitten der monumentalen Umwälzungen sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung haben clevere Politikunternehmer erkannt, dass sich mit einem Policy-Mix aus sozialer Grundabsicherung, lokaler Entwicklung und populistischen Geschenken Wahlen gewinnen

lassen. Die Bevölkerungsmehrheit, bisher von staatlichen Leistungen ausgeschlossen, dankt es ihnen mit Loyalität an den Wahlurnen. Erst einmal an der Macht, entpuppen sich die Volkstribune allerdings schnell als »gewählte Autokraten«. Sie bedrohen die Opposition, machen Journalisten mundtot und untergraben die jungen demokratischen Institutionen. Aus Sicht der etablierten Eliten und Mittelschichten in der Hauptstadt sind diese gewählten Autokraten eine Bedrohung.

Grassierende Korruption und Vetternwirtschaft werden als Rückfall in längst überwunden geglaubte Barbarei empfunden. Da es die Parteien des Establishments verpasst haben, ihre Programme auch für die Mehrheitsbevölkerung in den Provinzen attraktiv zu machen, verlieren sie eine Wahl nach der anderen.

Rückfall in die Barbarei?

In ihrer Verzweiflung machen die Mittelschichten die Wahldemokratie für die Misere verantwortlich und rufen nach einer starken Hand, um diese zu beenden. Dieser Wunsch wird durch die alten Eliten in den Bürokratien, der Justiz, der Wirtschaft und an den Universitäten, geschürt. Oft nutzt das Militär die Gunst der Stunde, um seine politische Macht auszubauen.

Doch auch autoritäre Interventionen brechen nicht zwangsläufig die Macht der gewählten Autokraten. Trotz Justiz- oder Militärputschen, Partei- und Politikverbote gelang es populären Volkstribunen wie Chavez oder Thaksin immer wieder mit Unterstützung der Mehrheitsbevölkerung an die Macht zurückzukehren. In Ägypten und Thailand antwortete die Allianz aus alten Eliten, urbaner Mittelschicht und Militär mit noch härterer Unterdrückung.

Wie diese Machtkämpfe ablaufen und enden hängt natürlich von den spezifischen lokalen Kräftekonstellationen ab. Diese lokalen Unterschiede sind wichtig, sollten aber nicht das Gemeinsame an diesen gesellschaftlichen Kämpfen verdecken: einen jahrzehntelangen Transformationskon-

flikt um die Neugestaltung der politischen und sozialen Ordnung. Wirtschaftliche Entwicklung und Globalisierung transformieren die Gesellschaften in rasendem Tempo, überfordern die traditionellen politischen Systeme und höhlen die Wertefundamente aus. Das überfällige »Upgrade des Operating Systems« fällt aber unter den Bedingungen sozialer Kämpfe schwer. Mit anderen Worten: Die aufstrebenden sozialen Gruppen haben den alten Gesellschaftsvertrag gekündigt. Die Neuverhandlung des Gesellschaftsvertrages scheitert jedoch am Widerstand all derjenigen, die vom Status Quo der alten Ordnung profitieren. Dabei handelt es sich keinesfalls nur um die alten Eliten, die ihren Status und ihre Privilegien verteidigen. Für viele Menschen bietet die alte Ordnung Schutz und Heimat im Taumel des Wandels, der ihre Welt über Nacht aus den Angeln gehoben zu haben scheint. Innerhalb einer Generation verändern sich Vorstellung und Praxis von Zeit, Familie, Arbeit sowie die Rollenverteilung von Mann und Frau. Manche Menschen ergreifen begeistert die neuen Möglichkeiten. Andere fühlen sich mit dem Untergang der Welt, in die sie hineingeboren wurden, in ihrer eigenen Identität bedroht. Ängste vor sozialem Abstieg und Identitätsverlust geben den sozialen Kämpfen um die neue Ordnung eine paranoide, aggressive Note. Nicht zufällig machen sich in Zeiten schneller Umbrüche faschistoide Gruppen auf die Suche nach Sündenböcken, die ausgelöscht werden sollen, um eine imaginierte »Goldene Vergangenheit« wieder herzustellen. »Wenn das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann, kommen die Dämonen zum Tanz« hat Antonio Gramsci aus seiner Zelle heraus düster bemerkt.

In diesem Transformationskonflikt zwischen Kräften des Wandels und der Restauration spielen in der Tat die Mittelschichten eine entscheidende Rolle. Schlägt sich die etablierte Mittelschicht auf die Seite der alten Eliten, kann diese mit Hilfe ihrer

Machtpositionen in Militär, Justiz und Verwaltung die alte Ordnung stabilisieren. Verbündet sich die etablierte Mittelschicht jedoch mit den aufstrebenden gesellschaftlichen Schichten, ist der Wandel unvermeidlich. Hier liegt eine wichtige Unterscheidungslinie zwischen den Protestbewegungen. In Europa, Brasilien, Israel, oder den Vereinigten Staaten gehen die jungen, arbeitslosen Kinder der Mittelschicht auf die Straßen, um für bessere Lebenschancen zu demonstrieren. In Thailand verteidigte die Mittelschicht die alte Ordnung, um ihren Status und ihre Privilegien zu erhalten. Das widerspricht der herrschenden Auffassung, Mittelschichten seien die Treiber der Demokratisierung.

Es lohnt sich daher, die Motivationen, Frustrationen und Ängste der »Bangkoker Wutbürger« näher zu untersuchen. Es fällt nicht leicht, hinter den schrillen, nationalistischen, sexistischen, gewaltbereiten, antidemokratischen und manchmal faschistoiden Tiraden der Demonstranten die eigentlichen Ursachen der Wut und Angst der Mittelschichten zu erkennen. Die Einstellung der Bangkoker Bürger war keineswegs immer anti-demokratisch. Ganz im Gegenteil, war es in den 90er Jahren die urbane Zivilgesellschaft, die nach Jahrzehnten autoritärer Militärregime eine liberale Demokratie schuf.

Heute dagegen glauben einige der damaligen Führungsfiguren, die westliche Demokratie passe nicht zur thailändischen Gesellschaft. Wie erklärt sich dieser radikale Sinneswandel? Zu ihrem Entsetzen musste die urbane Mittelschicht feststellen, dass sie in der neuen Wahldemokratie in eine permanente Minderheitenposition geraten war. Die Partei des Establishments, die Democrat Party, verlor eine Wahl nach der anderen gegen die Parteivehikel des Shinawatra-Clans. Der Telecom-Tycoon Thaksin hatte erkannt, dass sich mit einer Mischung aus lokaler Wachstumsförderung durch Investitionen und populistischen Geschenken nicht nur ein Entwick-

lungsboom in den peripheren Regionen auslösen ließ, sondern durch die Befriedigung der Hoffnungen und Erwartungen der aufstrebenden Schichten auch eine loyale Machtbasis an den Wahlurnen schaffen ließ. Der autoritäre Regierungsstil der mit großen Mehrheiten gewählten Shinawatra-Regierungen machte die Position der Bangkoker Mittelschicht umso prekärer, als die Minderheitenrechte und Schutzmechanismen der liberalen Verfassung immer weiter ausgehöhlt wurden. Das harte Vorgehen gegen Drogenhändler im Norden und muslimische Separatisten im Süden kostete tausende Unschuldige ihr Leben. In Bangkok gerieten Oppositionelle, Aktivisten und Journalisten ins Fadenkreuz des selbstherrlichen Premierministers Thaksin. Die Mittelschicht fühlte sich bedroht. Die großen Protestwellen 2006, 2008 und 2013 entzündeten sich am Machtmissbrauch der Regierungen.

Mobilisiert wurden die Massen jedoch vor allem durch die ohnmächtige Wut über die endemische Korruption. Ob die Korruption tatsächlich zugenommen hat oder dank zunehmend freier Medien nur breiter wahrgenommen wird, ist in Thailand heiß umstritten. Entscheidender ist jedoch das Zusammentreffen zwischen der jungen Wahldemokratie und dem alten Patronagesystem, das in ganz Thailand das politische, wirtschaftliche und soziale Leben regelt, in den Provinzen jedoch oft feudalistisch geprägte Mafiastrukturen ausgebildet hat. Ein erfolgreicher Patron belohnt seine Anhänger, schützt seine Klienten, bevorzugt seine Sippschaft, verteilt die Beute und zertrümmert seine Gegner. Die gewählten Repräsentanten der Mehrheitsbevölkerung brachten diese patrimoniale Logik aus den Provinzen in die Hauptstadt.

Aus Sicht der Bangkoker stellen die Praktiken einen Rückfall in finsterste Zeiten der Korruption und Vetternwirtschaft

Junge Wahldemokratie trifft auf altes Patronagesystem

dar. Die Schuldigen waren schnell identifiziert: die ungebildete und unzivilisierte Landbevölkerung (oft abfällig als »Büffel« bezeichnet), die ihre Stimmen meistbietend an die Rattenfänger der politischen Parteien verhökerten. Aus Sicht der gutsituierten Bangkokker erschienen die neuen Sozial- und Entwicklungsprogramme daher eher als zynisch getarnter Stimmenkauf. Schon bald machte die Angst die Runde, die »populistischen« Programme führten geradewegs in den Staatsbankrott. Obwohl die Bangkokker objektiv unterdurchschnittlich zum Staatshaushalt beitragen und dafür überdurchschnittlich von öffentlichen Leistungen profitieren, fühlen sich die etablierten Mittelschichten geschröpft. Kurzum, die Bangkokker Mittelschicht fürchtet »von korrupten Politikern ausgeraubt zu werden, die mit unserem Geld für populistische Projekte die Stimmen der gierigen Armen kaufen«. Im buddhistisch geprägten politischen Kosmos Thailands ein unhaltbarer Zustand: Statt tugendhafter, »guter Menschen« standen nun korrupte, »schlechte Menschen« an der Spitze der Gesellschaft, deren unmoralisches Tun weiteres Leiden in die Welt brachte.

Der politische Kurzschluss der konservativen Protestierenden lag nahe: Wenn die ungebildete Mehrheitsbevölkerung mittels Wahlen »schlechte Menschen« ermächtigen konnte, dann muss dieses Wahlrecht eben eingeschränkt oder gleich ganz abgeschafft werden. Befördert wurden diese anti-demokratischen Diskurse von den traditionellen Eliten, die ihre Chance witterten, im Kampf um die wirtschaftliche und politische Kontrolle des Landes wieder Boden gutzumachen. Unter dem Vorwand, die Ordnung und Moral wiederherzustellen intervenierten daher Militär und Justiz immer wieder, um die Machtbasis des »gewählten Autokraten« zu zerschlagen.

Trotz Partei- und Politikverbotten, Verfassungsänderungen und Schiebereien hinter den Kulissen gelang es den Shinawatra-

Parteien jedoch 2008 und 2011 mittels triumphaler Wahlsiege, an die Macht zurückzukehren. Nach dem 18. Militärputsch in der Geschichte Thailands versucht die Junta nun mit größerer Härte zu erreichen, was ihren Vorgängern beim letzten Putsch nicht gelungen war: das Netzwerk des Shinawatra-Clans ein für alle Mal zu zerschlagen. Angesichts der fortgeschrittenen Transformation und Politisierung der Gesellschaft könnte sich dieser Versuch, die Geschichte zurückzudrehen, langfristig als Pyrrhus-Sieg entpuppen.

Umgekehrt zeigt sich jedoch auch, dass elektorale Mehrheiten zwar Demokratisierungsprozesse anschieben können, die Konsolidierung einer stabilen Demokratie aber ein breites gesellschaftliches Fundament braucht, das auch die Mittelschichten umfasst. Die Wut der Bangkokker Demonstranten zeigt jedoch, dass die etablierte Mittelschicht mit dem gegenwärtigen »Deal« nicht einverstanden ist. Genau hier liegt das eigentliche Dilemma der Transformationsgesellschaften: ein neuer Gesellschaftsvertrag, der allen Bürgern gleiche Rechte und Pflichten zugesteht, wäre im aufgeklärten Interesse aller gesellschaftlichen Gruppen. Solange dieser Gesellschaftsvertrag aber nicht abgeschlossen ist, erkennen die traditionellen Eliten und Mittelschichten die Menschen in den Provinzen nicht als gleichwertig an.

Mit anderen Worten: Die Bedingung gesellschaftlicher Solidarität ist eine moderne kollektive Identität, die alle Subjekte als gleichberechtigte Teilhaber der Gesellschaft versteht. Das ist keineswegs ein theoretisches Problem. Die sozialen Kämpfe können nur befriedet werden, wenn den aufstrebenden Schichten in den Provinzen gleichwertige Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ermöglicht wird. Die Bereitstellung von Lebenschancen ist aber ohne eine sig-

*Kollektive Identität
als Bedingung
für gesellschaftliche
Solidarität*

nifikante Ausweitung der Steuereinnahmen nicht zu finanzieren. Mit anderen Worten: Die wütenden Mittelschichten halten den Steuerschlüssel für den neuen Gesellschaftsvertrag in der Hand.

Lösen ließe sich der soziale Konflikt daher nur durch einen Kompromiss zwischen allen Klassen: Die Eliten akzeptieren die soziale Demokratie als einzig legitime Regierungsform und werben mittels bedarfsorientierter Programme um elektorale Mandate. Die Mehrheit akzeptiert im Tausch für gleiche Lebenschancen die Einschränkungen der Mehrheitsherrschaft durch demokratische Gegengewichte und Rechtsstaat. Die Mittelschicht erhält im Gegenzug für die Finanzierung der Gemeinschaft sozialen Frieden, Rechtssicherheit und hochwertige öffentliche Güter.

Um den Transformationskonflikt zu lösen, müssen die politische und soziale Ordnung also an die Erfordernisse einer komplexen Ökonomie und pluralistischen Gesellschaft angepasst werden. In einem Klima der Angst vor dem Wandel ist diese politische und wirtschaftliche Innovationsleistung aber keinesfalls eine technische Aufgabe. Wo es keine kulturelle Tradition gesellschaftlicher Solidarität gibt, ist es nach Jahren sozialer Konflikte umso schwerer, das erforderliche Vertrauen auszubauen. Vielleicht müssen die Kosten des Transformationskonfliktes erst untragbar werden, bis sich die sozialen Gruppen auf einen Kompromiss einlassen. Oftmals fehlt das Verständnis, dass die wirtschaftliche und politische Entwicklung von der Innovationsfähigkeit der Gesellschaft abhängt.

Diese Innovationsfähigkeit ist aber keinesfalls bedingungslos gegeben, sondern hängt davon ab, ob es gelingt, alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen auf dem Entwicklungspfad mitzunehmen. Fühlen sich soziale Gruppen ausgegrenzt oder in ihrer Identität bedroht, setzen sie sich zur Wehr. Welche pathologischen Exzesse die Angst vor dem Wandel hervorrufen kann, lässt sich derzeit an allen Ecken der Welt beobachten. Es ist daher unverzichtbar, das soziale Fundament für die politische und wirtschaftliche Entwicklung zu erhalten. Der erforderliche Grundkonsens lässt sich nur durch einen sozialen Kompromiss zwischen allen Klassen erreichen.

All denjenigen, die aus Eigeninteressen die Axt an den Gesellschaftsvertrag legen, sollten die Transformationskonflikte an allen Enden des Erdballs als Warnung dienen. Solange sich Wirtschafts- und Lebensweisen verändern, kann es kein »Ende der Geschichte« geben. Die heraufziehende »Dritte industrielle Revolution« (Jeremy Rifkin) hat bereits begonnen, die westlichen Ökonomien und Gesellschaften fundamental zu verändern. Die ersten Kämpfe um Fragen der Verteilung (»Occupy«), Mitbestimmung (»Stuttgart 21«) und Eigentumsrechte (»Vorratsdatenspeicherung/Piraten«) deuten an, dass sich immer weitere Gruppen aus dem alten Gesellschaftsvertrag verabschieden. Mit fortschreitender Entwicklung werden die Kämpfe um die Neugestaltung der politischen und sozialen Ordnung an Intensität zunehmen. Die Transformationskonflikte von morgen werden bei uns stattfinden.



Marc Saxer

ist Koordinator des Economy of Tomorrow-Projektes der Friedrich-Ebert-Stiftung in Asien. Derzeit leitet er das Büro der FES in Bangkok.

marc@fes-thailand.org